Nummer 609

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 72. Jahrgang. Freitag, 31. Dezember 1926

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis Praxis des Arbeitsrechts Deutsche Wirtschaftszentren, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten Der deutsche Beamte, Reise- und Bäder-Beilage sowie „Kunst Welt Wissen" mit Roman

Unverlangt eingeschickte Manuskripte werden nicht berücksichtigt

Für Manuskripte übernimmt unser Verlag keine Verantwortung

Verantwortl. Leiter Handelsteil: W. Funk, Berlin. Polit. Teil: Dr. Paul Oestreich Berlin. Kunst, Wissenschaft und Lokales: S. Köppen, Berlin-Friedenau. Inseratenteil: i. V. Direktor A. Lorz, Berlin W 8. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung Druckerei und Verlag Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: für den Handel Zentrum 2469 u. 2489, für Politik Kunst und Lokales Zentrum 2449, für die Expedition Zentrum 2487 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1,— Rmk., Stellungsuchende 0,50 Rmk., Reklamezeile 5,— Rmk. Bezugs-Preis: Monatlich 6,00 Rmk. Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal. Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslands-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im IV. Quartal 1926 für Amerika 7,50 Dollar, Frankreich 250 französische Francs, Belgien 250 belgische Francs, Schweiz 40 schweizerische Francs, Holland 18 holländische Gulden, Dänemark 30 dänische Kronen, Schweden 30 schwedische Kronen, Norwegen 40 norwegische Kronen, England 36 Schilling, Italien 200 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 30 spanische Peletas, Tschechoslowakei 250 tschechische Kronen, Brasilien 50 Milreis, Argentinien 20 Pesos, Serbien 500 Dinar; für den Monat Dezember 1926 nach Oesterreich, Ungarn, Polen 10,— Rmk., Litauen 30 Lit, Lettland 775 lettische Rubel, Finnland 100 finnische Mark, Estland 1300 estländische Mark.

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr 26412.

Neujahrs-Kundgebung Reichsminister Dr. Bells.

1927 muß die Räumung bringen!

Mtb **Berlin**, 30. Dezember.

Mirbachs Telegraphisches Bureau entsandte einen Vertreter zum Reichsminister für die besetzten Gebiete Dr. Bell, dem dieser anläßlich des Jahreswechsels folgende Erklärung zur Verbreitung im besetzten Gebiet übergab:

Die Erfahrungen des Jahres 1926, besonders die letzten Tage, die uns das Urteil des Kriegsgerichts in Landau brachten, haben die Oeffentlichkeit der ganzen zivilisierten Welt darüber belehrt, daß im Interesse einer wirklichen Befriedung die Räumung der noch besetzten Teile Deutschlands notwendig ist. Es ist zuzugeben, daß durch die Begnadigung der in Landau verurteilten Deutschen die französische Regierung das von uns so schwer empfundene Unrecht des Urteils in etwas gemildert hat. Dieser Begnadigungsakt, der überdies keineswegs unser schwerverletztes Recht sühnt, kann aber die Berechtigung meiner unmittelbar nach dem Landauer Urteilsspruch vor der Presse festgelegten Erklärung, daß ein wirksamer Schutz gegen die Wiederholung solch unerträglicher Vorkommnisse nur in der alsbaldigen Aufhebung der Besetzung gegeben sei, in keiner Hinsicht erschüttert.

Wenn wir auf das Jahr 1926 heute zurückschauen, so dürfen wir feststellen, daß Deutschland kein Mittel unversucht gelassen hat, um dem Frieden der Welt und der Verständigung zwischen den Nachkriegsvölkern Deutschland und Frankreich zu dienen. Das Inkrafttreten der Locarno-Verträge und der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund sind die äußerlich erkennbaren Marksteine dieser Politik.

Das Jahr 1927 aber soll das Jahr werden, in welchem die Frage der Besetzung der Rheinlande einer endgültigen Lösung entgegengeführt werden muß.

In der Zwischenzeit, bis dieses Ziel erreicht wird, wird alles geschehen, um die Rechte der Zivilbevölkerung im besetzten Gebiet zu schützen. Mein Ministerium wird sich angelegentlichst bemühen, jede nur mögliche Milderung zu erreichen. In dieser Richtung bewegten sich auch die von Herrn Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete auf meine Veranlassung unternommenen Vorstellungen bei der Rheinlandkommission. Denn darüber sind sich alle Deutschen einig, daß Leib und Leben, Ehre und Besitz der Zivilbevölkerung im besetzten Gebiet dem gleichen Schutz unterliegen müssen, den sie im Heimatland der Besatzungstruppen genießen."

•

Mtb **Düsseldorf**, 30. Dezember.

In der heutigen Vollversammlung des Rheinischen Provinziallandtages erstattete Regierungspräsident Dr. Saahen (Zentrum) den Bericht des Dreißigerausschusses über die Autobahnstrecke Köln—Düsseldorf, wobei er die grundsätzlichen Bedenken hervorhob, gleichzeitig aber betonte, daß der Ausschuß mit überwiegender Mehrheit dem Plan sympathisch gegenüberstehe.

Nachdem die Debatte geschlossen war, gelangte der Beschlußentwurf des Provinzialausschusses zur Annahme, wonach der Ausschuß im März den Landtag einen genauen Kostenvoranschlag vorlegen soll. Die Anträge der Kommunisten wurden abgelehnt, die sich daraufhin gegen die Vorlage selbst aussprachen, obgleich ihre Vertreter in der Ausschußberatung der Vorlage zugestimmt hatten. Oberpräsident Dr. Fuchs begrüßte namens des Provinziallandtags zu den gefaßten Beschlüssen. Der Vorsitzende, Oberbürgermeister Dr. Jarres, verlas dann folgenden

Entschließungsantrag des Provinziallandtages zu dem Landauer Kriegsgerichtsurteil:

„Der Rheinische Provinziallandtag, die berufene Vertretung der rheinischen Provinzen, insbesondere der besetzten Gebiete, gibt, einig mit dem ganzen Vaterlande und allen rechtlich Denkenden der Welt, seiner Entrüstung über die Vorgänge in Landau Ausdruck. Das aller Gerechtigkeit hohnsprechende Urteil des französischen Kriegsgerichts war diktiert von engherziger nationalistischer Auffassung und stellt das Prestige des Militärs über das Recht der Bevölkerung. Der Gnadenakt der französischen Regierung genügt nicht, die berechtigte tiefgehende Beunruhigung der Bevölkerung der besetzten Gebiete zu beseitigen. Die durch einen französischen Offizier an friedlichen deutschen Männern verübte Mutlat ist fressos geblieben. Solange die Besetzung weiter andauert, werden sich ähnliche Zwischenfälle und Willkürakte wiederholen und die Kluft zwischen beiden Völkern vertiefen, die die übergroße Mehrheit auf beiden Seiten ernsthaft zu überbrücken bestrebt ist. Wir verlangen daher dringend die schleunige Beseitigung dieses ebenso unwürdigen wie gefahrvollen Zustandes. Wir richten an die Reichsregierung die Bitte, diese einmütige Auffassung des Rheinischen Provinziallandtages und der gesamten Bevölkerung der Lande am Rhein den im Völkerbund versammelten Mächten bekanntzugeben und mit allem Nachdruck die völlige Räumung der noch besetzten deutschen Gebiete von fremder Besatzung zu verlangen."

Diese Entschließung wurde gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Rückblick und Ausblick eines Soldaten.

Wenn heute die Silvesterglocken in deutschen Landen das alte Jahr zu Grabe läuten, so wird kaum einer ihm nachtrauern. Mag es, außenpolitisch und wirtschaftlich gesehen, manche Besserung gebracht haben, im Innenleben unseres Volkes — und das ist das Entscheidende — gärte es sich noch kein Aufstieg. Im Gegenteil! Was die letzten Monate an Lüge und innerer Zerfetzung brachten, übertraf an Niederträchtigkeit viel Erlebtes in den vergangenen Jahren.

Dies hat in den letzten Monaten keiner mehr empfunden als der Soldat. Er hat in mühseliger und stiller Arbeit die Reichswehr geschaffen für den neuen Staat, für sein Volk. Sie sollte das Erbe einer großen Vergangenheit in reinen Händen bewahren und weiter entwickeln in dem neuen Staatsgedanken und in überparteilichem Eintreten für die Nation. So hoffte der Soldat als gesunden Kräfte des Volkes für sich zu haben und in Wechselwirkung mit diesen deren und eigene Förderung. Die Angriffe und die Abschwung, die die Reichswehr in Presse und Parlament trafen, mußte sie in dieser Schärfe und in dieser Hohlstärke überraschen. So mag heute mancher Soldat in tiefer Bitterkeit die Achseln zucken und sich sagen: „Warum die Mühe? Unser Volk verächtigt jede nationale und ideelle Arbeit. Es ist einfacher, sich rein materiell einzustellen und der Republik um persönlichen Vorteils willen zu dienen, soweit das „republikanische Beamtenverhältnis" dies verlangt. Allzuviel ist dies nicht, denn als „überzeugter Republikaner" wird mir nichts geschehen!" Das ist der Geist, der gewiß nichts mit der republikanischen Staatsform zu tun hat, der aber von den lautesten Republikanern vertreten wird!

Das kommende Jahr wird für die Reichswehr und damit für unser Volk die Entscheidung bringen, wie die militärische Entwicklung sich weiter gestalten soll. Es gibt nur zwei Wege. Der eine führt zum bezahlten Söldnertum, das seine Aufgabe im mechanischen Dienstun und seine Zukunft in schnellster Versorgung in einem Zivilberufe sieht. Der andere ist der bisher beschrittene, der noch in den Anfängen der Entwicklung steckt und dessen Ziel es ist, in dem Soldaten die „nationale Persönlichkeit" zu schaffen, die in heiligem Idealismus lebt und diesen in dem ganzen Volke zu verbreiten trachtet. Das mag überheblich klingen und der Soldat kann es aus eigener Kraft gewiß allein nicht erreichen.

Nur wenn unser Volk die Aufgabe der Reichswehr so betrachtet und sich für den letzteren Weg entscheidet, dann kann das Werk gelingen. Das Problem der Reichswehr wird zur Schicksalsfrage für unser Volk. Nicht an ihrem äußeren Schein, sondern an ihrem inneren Sein müssen sich die Geister scheiden in solche, die bestenfalls in der Armee eine Verstärkung der Polizei und eine Paradetruppe für republikanische Feiern sehen wollen, und in solche, die den Gedanken der nationalen Ehre, der Wehrhaftigkeit und der Ehrfurcht vor der Vergangenheit in die Gegenwart und in die Zukunft herüber retten wollen. Wohin der erste Weg führen soll, das hat die Rede Scheidemanns in nicht zu übertreffender Schärfe gezeigt. Hinter ihr steht sicherlich nicht der unverhetzte deutsche Arbeiter, der seine Söhne ja auch in die Reichswehr schickt, aber jener internationale und pazifistische Intellektualismus, der undeutsch bis auf das Letzte, aber um so gefährlicher ist, als er mit raffiniert ersonnenen Lügen den gesunden Instinkt unseres Volkes zu töten versucht. Scheidemann, der Treulosesse aller Treulosen Deutschlands, galt schon zu Ebers Zeiten als abgetan. Wenn er noch einmal als Wortführer der sozialdemokratischen Partei auftrat, so beweist dies nur die traurige Tatsache, daß diese Partei sich immer weiter zum Nationalen entwickelt und ihre Ansätze zum nationalen und wehrhaften Denken nach der Revolution wieder verloren hat. Damit ist es die höchste Zeit, daß alle staatserhaltenden Kräfte sich zusammenschließen, nicht nur in der Abwehr, wie es die Mittelparteien versuchten, sondern in der stärksten Aktivität, die von einer sich ihrer geschichtlichen Verantwortung bewußten nationalen Volksschicht heute zu fordern ist.

Die Reichswehr ist zum Objekt der Politik geworden. Alle Vorwürfe, die von linker Seite gegen sie erhoben wurden, sind gegenstandslos und konnten von Männern wie Wirth und anderen, die schwiegen, entkräftet werden. Man will aber in der Reichswehr den Geist treffen, den deutschen Geist, der immer noch lebt und der sterben soll, um im Fellachentum und in einem verschwommenen internationalen und pazifistischen Brei das deutsche Mark zu zerstören.

„Charakter haben, heißt sich treu bleiben." Wir Deutsche haben mit unserer Wehr 1918 Treue und Charakter verloren. Sie wiedergefinden, ihre Keime zu entwickeln ist die heilige Aufgabe der Besten und Stärksten unseres Volkes. Es handelt sich nicht darum, Vergangenes zurückzuführen und schwere Fehler zu wiederholen — wie es ein aufgeblasenes Demagogentum zu behaupten wagt —, sondern um die Wiedererweckung der deutschen Seele, um den Wiedergewinn der verlorenen Ehrfurcht vor der deutschen Arbeit um das Vaterlandes willen.

Die Reichswehr wird diese Linie halten oder sie wird nicht sein. Sie hat dem eigenen Volke nichts zu verschweigen. Sie bedarf dessen Hilfe und dessen Vertrauen. Sie trägt nicht die Verantwortung für unser völkisches Schicksal. Das tun die Männer, die sich heute die Führer des Volkes nennen. Aber sie will mitwirken an seinem Wiederaufbau und der Idee leben, daß aus dem Chaos der Gegenwart sich deutsches Volkstum, geläutert und gekräftigt, zu einer freien und starken Nation erhebt, deren einzelne Bürger nichts Stolzeres sagen können als: „Ich bin ein Deutscher."

Möchte das kommende Jahr dem deutschen Volke und seiner Armee zeigen, daß der Weg aufwärts und vorwärts geht!

E. L.

Millerands Bemühungen um den Senatssitz.

Kandidaten-Aufstellung im Seine-Departement.

Paris, 30. Dezember.

In einer heute in Anwesenheit von 504 Vertretern des Seine-Departements vorgenommenen Abstimmung über die Aufstellung der Kandidaten für die am 9. Januar stattfindende Senatswahl wurden acht Kandidaten mit absoluter Mehrheit gewählt, die der Wahlausschuß der republikanisch-demokratischen Vereinigung im Seine-Departement vorschlagen wird. Der ehemalige Präsident der Republik Millerand, der vor der Liste dieses Ausschusses ausgeschlossen war, hat vor der heutigen Abstimmung im „Intransigeant" erklärt, daß er nötigenfalls allein vor den Wahlkörper treten werde, denn die Wähler sollten selbst bestimmen, ob er sein politisches Leben fortsetzen solle oder nicht. Obgleich Millerand nicht auf der Liste stand, stimmten für ihn in der heutigen Abstimmung 224 Vertreter, so daß ihm nur 28 Stimmen an der absoluten Mehrheit fehlten.

Verzweifelte Lage Wupeifus

EP **Moskau**, 30. Dezember.

Die Sowjetpresse meldet aus Kanton den weiteren Vormarsch der chinesischen Nationalarmee (Nordarmee unter Führung Fengs), der es gelungen sei, im Rücken der Armee des Generals Wupeifu 50 000 Aufständische zu organisieren, die unter dem Namen „Rote Lanzen" durch Unruhen die Etappe zerstören. Wupeifu, der über keine Geldmittel mehr verfüge, forderte General Tschangtsolin zur sofortigen Uebersendung von einer halben Million Dollar auf, widrigenfalls er den Kampf gegen Kanton einstellen müsse.

Ishii bei Briand.

Paris, 30. Dezember.

Briand hat heute vormittag den japanischen Botschafter, Viscount Ishii, empfangen und sich mit ihm, wie „Temps" berichtet, hauptsächlich über die Lage in China und über das englische Memorandum unterhalten.

Polnische Gerichtsentscheidung gegen Calonder

Man ignoriert seine Entscheidung in der Schulfrage vollständig.

Königshütte, 30. Dezember.

Nachdem die Schulabteilung der Wojewodschaft seinerzeit fast 90 Prozent von etwa 10 000 Anträgen für die deutsche Minderheitsschule abgelehnt hatte, weigerten sich trotzdem viele deutsche Eltern, ihre Kinder der polnischen Schule zuzuführen. In einzelnen Ortschaften kam es zu

regelrechten Schulstreiks,

so besonders in Hohenlinde. Obwohl die betreffenden Eltern mit polizeilichen Strafen belegt worden sind, weigerten sie sich weiterhin, ihre Kinder in die polnische Schule zu schicken, was zur Folge hatte, daß sie diesmal mit gerichtlichen Strafen belegt wurden. Im Hohenlindener Fall verhängte das Königshütter Schöffengericht

Geldstrafen bis zu 38 Zloty bzw. 16 Tage Gefängnis.

Gegen dieses Urteil wurde Berufung eingelegt mit der Begründung, daß nach dem Genfer Abkommen den Erziehungsberechtigten das Bestimmungsrecht allein zustehe und nicht der Wojewodschaft. Vor der Strafkammer wurde nun heute in dieser Angelegenheit nochmals verhandelt. Obwohl die Verteidigung auf die jüngste Entscheidung des Präsidenten der Gemischten Kommission Calonder in der Minderheitsschulfrage hinwies,

bestätigte das Gericht das erstinstanzliche Urteil

auf Kosten der Angeklagten mit der Begründung, daß nach einer Verfügung der Wojewodschaft vom Jahre 1924 erst weitere Entscheidungen abgewartet werden müßten, jedoch immerhin die Pflicht zum Schulbesuch bestanden habe. Das Urteil bedeutet eine direkte Ignorierung der Calonderschen Entscheidung in der Minderheitsschulfrage.

Eine Entschließung der deutschen Lehrer.

Königshütte, 30. Dezember.

Der Hauptvorstand des Verbandes Deutscher Lehrer und Lehrerinnen in Polen hielt am Mittwoch eine außerordentliche Tagung ab, zu der Delegierte aus Posen, Bromberg, Graudenz, Lodz, Lemberg und Bielitz erschienen waren. Ebenso nahmen daran teil Vertreter des Deutschen Klubs im schlesischen Sejm, des Deutschen Kulturverbandes und des Deutschen Schulvereins. Im allgemeinen wurden innere Angelegenheiten und Fragen pädagogischer Natur erörtert. Zum Schluß faßte die Tagung eine Entschließung über die Stellung der deutschen Lehrer im polnischen Staat. Hierin heißt es, man könne das Verhältnis der deutschen Lehrerschaft zum polnischen Staat zu keiner Spezialfrage machen, denn sie sei es nicht. Als Bürger des Staates, der ihm Stellung und Schutz gewähre, erfülle der deutsche Lehrer freudig seine Pflicht. Als gebildetem Menschen sei ihm die Idee des Staates vertraut und daher sei ihm die Erfüllung aller staatsbürgerlichen Pflichten die heiligste Pflicht. Man kränke den Stand der deutschen Lehrer in Polen aufs tiefste, wenn man dies in Frage stelle.

Vor neuen Ausweisungen?

Kattowitz, 30. Dezember.

Auf Anordnung der Kattowitzer Staatsanwalt wurden die Polizeiorgane mit der Prüfung der polnischen Staatsangehörigkeit einer Reihe von Personen, die der deutschen Minderheit angehören und im Vordergrund des Kampfes stehen, beauftragt. Es wird vermutet, daß diese Maßnahme im Zusammenhang mit den in der polnischen Presse wiederholt gebrachten Meldungen steht, nach denen in der nächsten Zeit größere Ausweisungen zu erwarten seien.

Berlin, 30. Dezember.

Havas bringt aus polnischer Quelle eine Mitteilung, wonach ein Mitglied der Gemischten Kommission in Polnisch-Oberschlesien einen Spionagedienst organisiert hätte, um der deutschen Regierung Material zu einer antipolnischen Kampagne zu liefern. Wie schon in der deutschen Presse hervorgehoben wurde, handelt es sich bei dieser angeblich deutschen Spionage um ein neues Manöver polnischer Spitzel. Schon in einem kürzlich von den polnischen Behörden gegen den Deutschen Volksbund in Ostoberschlesien angestrebten Prozeß beruhte die haltlose polnische Anklage lediglich auf Material, das sich polnische Spitzel auf unlautere Weise aus dem deutschen Generalkonsulat in Kattowitz verschafft hatten. Jetzt haben polnische Spitzel einem deutschen Mitglied der Gemischten Kommission, Landrat a. D. Lukaschek, Akten aus der oberschlesischen Abstimmungszeit angeboten. Landrat a. D. Lukaschek ist scheinbar darauf eingegangen, um dieses neue Spitzelmanöver zu entlarven, was durchaus gelungen ist. Das ist der ganze Tatbestand, der insofern von erheblichem politischen Interesse ist, als er ein bezeichnendes Licht auf die in Oberschlesien herrschenden polnischen Methoden der Bespitzelung wirft.